

## PRESSEMITTEILUNG

# Kommunale Finanzen in Rheinland-Pfalz – Haushalte bleiben im Minus

**Die rheinland-pfälzischen Kommunen haben das Jahr 2024 mit einem Defizit von fast einer halben Milliarde Euro abgeschlossen. Die Ursachen liegen in der hohen Inflation, der schwachen Konjunktur und stark steigenden Sozialausgaben. Auch der Ausblick ist negativ. Vor diesem Hintergrund zeigt die Bertelsmann Stiftung Möglichkeiten zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage auf.**

Gütersloh, 30. Juli 2025. Die rheinland-pfälzischen Kommunen bleiben auch 2024 in den roten Zahlen. Die Steuereinnahmen wachsen kaum infolge der schwachen Konjunktur. Die wichtigsten Ausgabearten wie Personal, Sachaufwand oder Soziales steigen hingegen unbremst. Infolgedessen verzeichnen die Kommunen in Rheinland-Pfalz mit einem Defizit von fast einer halben Milliarde Euro das schlechteste Ergebnis der vergangenen vierzehn Jahre. Das sind einige zentrale Ergebnisse des neuen „Kommunalen Finanzreports 2025“ der Bertelsmann Stiftung.

Auch der Ausblick für die kommenden Jahre ist pessimistisch. Die strukturellen Probleme zum Beispiel der Sozialausgaben sind ungelöst, die Inflation hat das Ausgabenniveau dauerhaft erhöht, die Konjunktur bleibt schwach. Brigitte Mohn, Vorständin der Bertelsmann Stiftung, sagt: „Das Defizit des Jahres 2024 markiert eine Zeitenwende, welche die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen nachhaltig infrage stellt. Kommunen schultern über 50 Prozent der öffentlichen Investitionen und sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Wir brauchen eine Staatsreform, weil die Kommunen diese wichtigen Aufgaben sonst nicht mehr wahrnehmen können. Auch Bund und Länder müssen sich für eine dauerhafte Verbesserung der kommunalen Situation engagieren. Die Aufgaben für die Kommunen sind aufgrund der bundesgesetzlichen Regelungen zu aufwändig. Es braucht die eindeutige Finanzierungsverantwortung beim Bund.“

## Flächendeckend Defizite in Rheinland-Pfalz

Die Kommunen insgesamt erzielten in den Jahren 2017 bis 2022 Überschüsse. Doch bereits ab 2020 basierten diese auf Sondereffekten wie zum Beispiel Hilfsprogrammen von Bund und Land. Bereits im Jahr 2023 wiesen die Kommunen in Rheinland-Pfalz wieder ein Minus auf, das 2024 anhielt. Im regionalen Vergleich ist das Defizit jedoch noch relativ überschaubar. Je Einwohner:in fiel es in Hessen vier Mal höher aus. Gleichwohl ist die Haushaltsslage in Rheinland-Pfalz flächendeckend angespannt. Von den 36 Landkreisen und kreisfreien Städten erreichten im Jahr 2024 nur drei einen Überschuss (Stadt Kaiserslautern, Kreise Neuwied und Bad Kreuznach).

## Ausgaben laufen davon

Anders als in früheren Jahren liegt die Ursache in erster Linie in der Entwicklung der Ausgaben, die allein von 2023 bis 2024 um zehn Prozent zulegten. Die Personalausgaben sind binnen zehn Jahren um mehr als 80 Prozent gestiegen, was eine Folge des Stellenwachstums und hoher Tarifabschlüsse ist. Der laufende Sachaufwand, zum Beispiel für die Bewirtschaftung der Gebäude, die Kosten für Dienstleistende oder Büroausstattung, stieg um ein Viertel in zwei Jahren. Auch die Sozialausgaben in Rheinland-Pfalz verzeichneten binnen zwei Jahren

einen Sprung auf nunmehr 4,4 Milliarden Euro. Die Kommunen tragen ein großes Spektrum sozialer Aufgaben, die überwiegend bundesgesetzlich geregelt, aber oft nicht ausreichend vom Bund gegenfinanziert sind. „Die Kommunen brauchen daher eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes“, sagt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung.

### **Investitionen in Rheinland-Pfalz weiterhin zu gering**

Die Städte, Kreise und Gemeinden sind verantwortlich für wichtige Infrastrukturen, die sowohl die Lebensqualität für Bürger:innen als auch die Standortqualität für Unternehmen definieren. Der Aus- und Umbau dieser Infrastrukturen ist essenziell für die Transformation. Zwar verzeichneten die Investitionen 2024 einen Rekord von 2,3 Milliarden Euro. Allerdings werden diese Ausgaben durch besonders hohe Inflationsraten der Baubranche überlagert und der Investitionsrückstand wächst. Im regionalen Vergleich sind die Investitionen der rheinland-pfälzischen Kommunen seit vielen Jahren gering. Die höchsten Investitionen tätigen mit Abstand die Kommunen Bayerns, je Einwohner:in über die Hälfte mehr. Das Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen kristallisieren sich über die Zeit als Regionen heraus, die infrastrukturell immer weiter zurückfallen. „Die Mittel für die Transformation der Infrastruktur sind kaum vorhanden“, stellt Kirsten Witte fest.

### **Schwache Konjunktur belastet Steuereinnahmen**

Die lange Zeit hohe Wachstumsdynamik der kommunalen Steuern (von 2014 zu 2024 sind die kommunalen Steuereinnahmen bundesweit um 60 Prozent gestiegen) kam 2024 vor dem Hintergrund der schwachen wirtschaftlichen Lage zum Erliegen. „Die Steuereinnahmen der Gemeinden insgesamt werden seit 2020 durch den BioNTech-Effekt verzerrt und verliefen volatile“, sagt René Geißler, Mitautor der Studie und Professor für öffentliche Verwaltung der Technischen Hochschule Wildau. 2021 und 2022 war Mainz die reichste Großstadt Deutschlands. Im regionalen Vergleich der Steuereinnahmen zeigten sich 2024 wieder die bekannten Muster: An der Spitze stehen Hessen, Bayern und Baden-Württemberg, am Ende die fünf ostdeutschen Länder. Rheinland-Pfalz liegt im Mittelfeld nahe des Bundesdurchschnittes. Die Gemeinden des Landkreises Kusel oder Trier-Saarburg gehören seit jeher zu den finanzschwächsten Kommunen Deutschlands.

### **Kassenkredite sinken durch Umschuldung des Landes**

Die Kassenkredite, der „kommunale Dispo-Kredit“, sind primär die Folge von Haushaltsdefiziten und gelten seit jeher als zentraler Krisenindikator. Rheinland-Pfalz gehörte über viele Jahre mit Nordrhein-Westfalen und dem Saarland zu den Krisenregionen Deutschlands. Noch 2023 lagen zehn der zwanzig höchst verschuldeten Kommunen in Rheinland-Pfalz. Im vergangenen Jahr halbierten sich die Kassenkredite, da das Land ein Umschuldungsprogramm startete und drei Milliarden Euro Kassenkredite übernahm. „Das ist ein historischer und richtiger Schritt. Ob die Kommunen die harten Auflagen jedoch angesichts der Haushaltsslagen einhalten können, ist fraglich“, sagt René Geißler.

### **Handlungsansätze zur Finanzierung der Transformation erforderlich**

„Nicht nur hohe Defizite und ein bundesweiter Investitionsstau von 215 Milliarden Euro belasten die kommunalen Haushalte. Zusätzlich sind umfangreiche Investitionen in die Klimaanpassung der kommunalen Infrastruktur notwendig, um einen substanziellen Beitrag zur Minderung der Treibhausgase zu leisten“, betont Witte. „Angesichts der aktuellen Finanzlage werden die Kommunen die dafür notwendigen Mittel nicht allein aufbringen können. Auch das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wird diese Bedarfe nur teilweise decken.“

Deswegen sind weitere langfristige Ansätze zur Finanzierung notwendig“, fordert Witte. Der neue Kommunale Finanzreport 2025 zeigt dazu die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze auf, wie beispielsweise ein gemeinsames Bund-Länder-Sondervermögen oder ein privat-öffentlicher Zukunfts- und Transformationsfonds. Darüber hinaus bleibt es unerlässlich, dass die dauerhafte Unterfinanzierung der Kommunen durch langfristige Strukturreformen behoben wird.

**Zusatzinformationen:**

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint seit 2008 alle zwei Jahre. Er untersucht die Kommunen der Flächenländer und basiert auf den jeweils aktuellen amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die Finanzlage im regionalen Vergleich anhand wichtiger Indikatoren darzustellen und Lösungsoptionen aufzuzeigen. Der Kommunale Finanzreport 2025 wurde in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitet.

**Ansprechpartner:innen:**

**Dr. Kirsten Witte, Telefon: 0173-5239924**  
**E-Mail: [kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de](mailto:kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de)**

**Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142**  
**E-Mail: [rene.geissler@th-wildau.de](mailto:rene.geissler@th-wildau.de)**

---

**Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.**

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

